Deutscher Bundestag **Drucksache 17/83**
17. Wahlperiode 27. 11. 2009

Fragen

für die Fragestunde der 8. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 2. Dezember 2009

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hatte die Bundesregierung (bitte genauen Zeitpunkt der Kenntnisnahme und entsprechende Stellen der Bundesregierung angeben) über die in der „Bild“ am 26. November 2009 veröffentlichten Dokumente und das Video zum Luftangriff bei Kunduz in Afghanistan, und wie bewertet die Bundesregierung ihre bisherige Informationspolitik zu diesem Thema?

2. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit treffen Medienberichte zu (u. a. Stuttgarter Nachrichten, 7. November 2009), wonach am 3. September 2009 in Afghanistan Oberst Georg Klein im Bundeswehr-Standort Kunduz („Red Baron 20“) den Pilot eines US-Kampfflugzeugs („Dude“) anwies, außer auf zwei Tanklastzüge dort auch auf umstehende Personen zu feuern, und inwiefern trifft ferner zu (u. a. Kölnische Rundschau, 4. November 2009, DER SPIEGEL, 21. September 2009), dass dieser Pilot vor dem Bombenabwurf fünfmal vergeblich vorschlug, zuvor die Personen am Boden mit Zeigen von Stärke zu warnen, zumal wichtige Einsatzregeln nicht eingehalten worden seien (ISAF-Hauptquartier umgangen, keine Bodentruppen an Tankern und keine Gefahr im Verzug)?

3. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass an Manager von BWI Informationstechnik GmbH, ein Kooperationsunternehmen von Siemens und IBM, die die Milliarden Kosten des IT-Projektes „Herkules“ nicht mehr in den Griff bekommen, Boni gezahlt wurden, obwohl das eindeutig gegen einen Beschluss des Haushaltsausschusses verstößt?

4. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Positionen nimmt die Bundesregierung gegenüber der von der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft geplanten Flexibilisierung der Einsatzregeln der EU-Battlegroups ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

5. Abgeordnete
Ute Kumpf
(SPD)

In welcher Höhe beabsichtigt die Bundesregierung die Förderung der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) auch 2010 fortzusetzen und damit dem Votum des Deutschen Bundestages zur Förderung der NAKOS aus den Haushaltsverhandlungen zum Bundeshaushalt 2009 auch im neuen Bundeshaushalt Rechnung zu tragen, und aus den Mitteln welchen Ressorts wird die NAKOS 2010 gefördert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

6. Abgeordnete
Dr. Marlies Volkmer
(SPD)

Wie ist sichergestellt, dass die unter den Bedingungen der geänderten Meldepflicht für die neue Grippe (H1N1) gewonnenen Daten für die Ständige Impfkommission (STIKO) qualitativ und quantitativ ausreichend sind, damit die STIKO die Überprüfung der Impfempfehlung umfassend auf objektive Kriterien stützen kann, und nicht subjektive Einschätzungen überwiegen?

7. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der Vorschlag des Patientenbeauftragten der Bundesregierung zu verstehen, der in seiner Rede vom 12. November 2009 forderte, dass „die anerkannten Patientenselbsthilfegruppen eine Verpflichtung zur Auskunft erhalten und (…) den Patienten gegenüber als Dienstleister agieren sollen“, und wie werden in diesem Kontext „anerkannte Patientenselbsthilfegruppen“ definiert?

8. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Will die Bundesregierung damit die Funktion von Selbsthilfegruppen nach innen korrigieren, und wie werden die Forderungen zur Auskunftspflicht und Dienstleistungsfunktion materiell begründet?

9. Abgeordnete
Ulrike Höfken
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie setzt die Bundesregierung die von ihr mit ausgearbeiteten und verabschiedeten Leitlinien zur Umsetzung des Artikels 5.3 des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs konkret in Deutschland um, und welche konkreten Folgerungen und Konsequenzen ergeben sich nach Interpretation der Bundesregierung, insbesondere für die Regulierung des Umgangs zwischen politischen Amts- und Mandatsträgern einerseits und der Tabakindustrie bzw. mit ihr verbundenen Organisationen andererseits?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

10. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wer erarbeitet die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für die zweite Staffel von Betreibermodellen für den mehrstreifigen Autobahnausbau (A-Modell), und wie wurden die Aufträge zur Erstellung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen vergeben?

11. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Ergebnisse hatten diese Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, und wie soll das A-Modell zukünftig weiterentwickelt werden?

12. Abgeordnete
Dr. Marlies Volkmer
(SPD)

Wird die Bundesregierung die Finanzierung des Ausbaus der Bahnstrecke Dresden–Berlin für eine Geschwindigkeit von durchgängig 160 km/h in drei Realisierungsstufen und der entsprechenden Zeitplanung sicherstellen – wie von der alten Bundesregierung zugesagt –, obwohl der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, eine Verlagerung von Investitionsmitteln von Ost nach West beabsichtigt, und in welcher Weise will die Bundesregierung den vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Jan Mücke, noch im September 2009 geforderten Ausbau auf durchgängig 200 km/h zeitnah gewährleisten?

13. Abgeordneter
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat der im italienischen Viareggio aufgrund technischer Mängel entgleiste Güterwaggon vor der dortigen Katastrophe auf dem Weg nach Italien Strecken in Deutschland durchfahren, und welche Strecken waren dies gegebenenfalls?

14. Abgeordnete
Alexander Bonde
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung es im Hinblick auf die Bahnkatastrophe in Viareggio und den durch Untersuchungen belegten hohen Anteil von sicherheitstechnisch zu beanstandenden Güterzugwaggons für zielführend, beim Ausbau von intensiv befahrenen Güterzugtrassen wie der Rheintalbahn in Südbaden, Trassenführungen mitten durch Städte und Gemeinden zu wählen, wenn alternative Trassenführungen das Risiko direkter Betroffenheiten von Anwohnerinnen und Anwohnern deutlich minimieren würden?

15. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann ist mit der Veröffentlichung der in diesem Sommer erstellten Güterverkehrsprognose des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für das Jahr 2025 zu rechnen, in der die Güterprognosezahlen auf einzelne Wasserstraßen heruntergebrochen wurden, und wie stellen sich die Prognosezahlen für die Wasserstraßen entlang des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 17 im Vergleich zu den heutigen Gütertransportzahlen auf diesen Wasserwegen dar?

16. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Prognose für Gütertransporte per Binnenschiffe liegt den Ausbauplänen für die Kleinmachnower Schleuse innerhalb des Projektes Deutsche Einheit Nr. 17 zu Grunde, und inwiefern werden hier nach dem Ausbau Schubverbände mit einer Länge von mehr als 124 Metern erwartet, wenn doch die Ausbauparameter des Teltowkanals weiterhin der Wasserstraßenklasse IV entsprechen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

17. Abgeordneter **Dr. Hermann Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchem Umfang beabsichtigt die Bundesregierung sich die Forderungen des aktuellen Beschlusses des Europäischen Parlaments zur Klimakonferenz in Kopenhagen zu Eigen zu machen, insbesondere hinsichtlich der konkreten finanziellen Hilfe in Höhe von 30 Mrd. Euro pro Jahr an Entwicklungsländer, und wenn nein, warum nicht?

18. Abgeordneter **Dr. Hermann Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist die Haltung der Bundesregierung zum Beschluss des Europäischen Rates vom Dezember 2008 zum so genannten effort sharing, wo es heißt, dass die EU ihre Selbstverpflichtung auf 30 Prozent erhöht, wenn andere Industriestaaten „vergleichbare Verpflichtungen“ erbringen, und welche konkreten Verpflichtungen anderer Staaten verbindet die Bundesregierung mit dem Begriff „vergleichbar“?

19. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezieht sich das von der Bundesregierung im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen wiederholt bekräftigte Ziel, die deutschen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, tatsächlich auf die Reduzierung der inländischen Emissionen um 40 Prozent, oder rechnet die Bundesregierung dabei Emissionsminderungen im Ausland zum Beispiel über den Clean Development Mechanism mit ein, und wenn Letzteres der Fall sein sollte, wie hoch ist dann das 2020-Ziel der Bundesregierung für die Senkung der inländischen Emissionen hier in Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

20. Abgeordneter **René Röspel** (SPD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, in welchem Umfang die Länder und die Wirtschaft gegenwärtig den Studierenden Stipendienangebote zur Verfügung stellen, und welchen Anteil hat dieser Umfang im Finanzvolumen, wie in der Zahl der Geförderten im Vergleich zur derzeitigen Bundesförderung über die Förderwerke?

21. Abgeordneter **René Röspel** (SPD)

Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Wirtschaft die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, genannten Finanzmittel für das Stipendiensystem von rund 200 Mio. Euro jährlich tatsächlich erbringt?

22. Abgeordnete **Ulla Burchardt** (SPD)

Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung sicherstellen, dass jede und jeder Studierende unabhängig vom Studienort und vom Studienfach die gleiche Chance auf ein Stipendium hat?

23. Abgeordnete **Ulla Burchardt** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Idee, das Stipendiensystem über eine nationale Fondslösung gegenüber regionalen und/oder fachlichen Verzerrungen und Schieflagen abzusichern?

24. Abgeordneter **Dr. Ernst Dieter Rossmann** (SPD)

Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung – vor allem mit Blick auf das Vorhaben zur Einführung eines nationalen Stipendiensystems – bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse auch in der Studienfinanzierung sicherstellen?

25. Abgeordneter **Dr. Ernst Dieter Rossmann** (SPD)

Welche Haltung hat die Bundesregierung zur Forderung nach einem Bund-Länder-Pakt zur Verbesserung der Studienqualität und Lehre, und welche Maßnahmen wird sie hierzu ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

26. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Was entgegnet die Bundesregierung dem seit Jahren und zuletzt auf der Afghanistan-Konferenz des Dachverbands VENRO (Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.) am 24. November 2009 in Berlin erhobenen Vorwurf, dass die zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan die Sicherheit ziviler Aufbauhelferinnen und -helfer gefährde, dies angesichts der Ankündigung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, die

Bundeswehr solle in Afghanistan enger mit den Organisationen für zivilen Wiederaufbau zusammenarbeiten?

27. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Wie will die Bundesregierung auf die von deutschen und afghanischen Entwicklungsorganisationen seit Jahren und zuletzt auf der Afghanistan-Konferenz des Dachverbands VENRO am 24. November 2009 in Berlin geäußerte Kritik reagieren, dass zivile Aufbauhilfe in Afghanistan vor allem dort eingesetzt würde, wo ausländisches Militär stationiert sei und militärische Auseinandersetzungen geführt würden, und nicht dort, wo der größte Bedarf bestehe, dies angesichts der Ankündigung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, den Aufwuchs an ziviler Aufbauhilfe in den Distrikten (Nord-Afghanistan) zu konzentrieren, in denen die Bundeswehr bzw. deutsche Provincial Reconstruction Teams stationiert sind?

28. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Für welche Bereiche genau soll die Entwicklungshilfe in Höhe von 700 Mio. Euro im Jahr eingesetzt werden, welche das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für die Entwicklung des ländlichen Raums zur Verfügung stellen will, wie der Abteilungsleiter für globale und sektorale Aufgaben, europäische und multilaterale Entwicklungspolitik im BMZ, Adolf Kloke-Lesch, auf einer Veranstaltung der Deutschen Welthungerhilfe e. V. am 26. November 2009 angekündigt hat, und wofür sollen die von Bundesminister Dirk Niebel von der Bundesregierung zusätzlich zum Budget des BMZ geforderten 300 Mio. Euro verwendet werden?

29. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)

Wie will das BMZ in der 17. Wahlperiode eine größere Kohärenz zwischen Entwicklungs- und Handelspolitik gewährleisten angesichts der Tatsache, dass die Subventionen für EU-Agrarprodukte eine Entwicklung eigenständiger Landwirtschaften in vielen Entwicklungsländern immer noch verhindern?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

30. Abgeordneter **Memet Kilic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Vertragsleistungen soll der Staat in dem von der Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, Prof. Dr. Maria Böhmer, ins Gespräch gebrachten Integrationsvertrag mit Neuzuwanderern übernehmen, und welche Sanktionen sind gegenüber dem Staat für den Fall vorgesehen, dass er als Vertragspartei seine Vertragsleistungen nicht erfüllt?

31. Abgeordnete **Agnes Krumwiede** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie plant die Bundesregierung auf die Bundesländer zuzugehen, um für die Zukunft sicherzustellen, dass insbesondere im gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Staatsferne oberstes Gebot ist?

32. Abgeordnete **Agnes Krumwiede** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche sind die zu erwartenden Schritte der Bundesregierung, um zu gewährleisten, dass sich in Zukunft keine Vertreter der Exekutive mehr in den Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks befinden, vor dem Hintergrund, dass am 24. November 2009 der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Hans-Joachim Otto, erklärte, Ministerpräsidenten und Vertreter der Exekutive nicht in den Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben zu wollen?

33. Abgeordnete **Ulla Schmidt (Aachen)** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Versuche, den vom Intendanten des ZDF in seiner originären Aufgabe vorzuschlagenden Chefredakteur wegen der in den Medien und von 35 Staatsrechtlern vertretenen Einschätzung aus dem Amt zu entfernen?

34. Abgeordnete **Ulla Schmidt (Aachen)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass es sich hier um eine offensichtliche Verletzung der im Grundgesetz garantierten Rundfunkfreiheit und der Garantie der Staatsfreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems handelt, und welche Maßnahmen wird sie zur Wahrung der Verfassungsgrundsätze ergreifen?

35. Abgeordneter **Martin Dörmann** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Entscheidung des ZDF-Verwaltungsrates zum Vorschlag des ZDF-Intendanten, den derzeitigen ZDF-Chefredakteur erneut zu berufen, und die sich daraus ergebenden Konsequenzen?

36. Abgeordneter **Martin Dörmann** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die offensichtlich parteipolitisch motivierten Bestrebungen und Einflussnahmen des hessischen Ministerpräsidenten und anderer führender Unionspolitiker auf die Berufung bzw. Nichtverlängerung des bisherigen Chefredakteurs erhebliche Konsequenzen mit Blick auf die Rundfunkfreiheit und die Unabhängigkeit des ZDF und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat, und wie will sie diesen „Kollateralschäden“ begegnen?

37. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der ZDF-Staatsvertrag gegen Artikel 5 des Grundgesetzes, der aus Sicht des Bundesverfassungsgerichtes nach ständiger Rechtsprechung die Staatsfreiheit des Rundfunks gebietet, verstößt, weil er eine politische Einflussnahme wie im Fall der Vertragsverlängerung des ZDF-Chefredakteurs in die gebotene Staatsferne des Rundfunks ermöglicht, und wenn ja, welche Maßnahmen schlägt die Bundesregierung vor, um die Staatsferne des Rundfunks in Zukunft zu gewährleisten?

38. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie wertet die Bundesregierung das Vorgehen des Vizevorsitzenden des ZDF-Verwaltungsrates, Roland Koch, bezüglich der Vertragsverlängerung des Chefredakteurs Nikolaus Brender, wo es doch in der Zusammenfassung des Medien- und Kommunikationsberichts der Bundesregierung 2008 heißt: „Dreh- und Angelpunkt eines anspruchsvollen Angebots in allen Medienbereichen ist und bleibt der Qualitätsjournalismus, der ohne Unabhängigkeit von ökonomischen, politischen und weltanschaulichen Interessen Dritter undenkbar ist“?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

39. Abgeordnete
Dr. Eva Högl
(SPD)

Warum werden die Nachfolgestrategie der Lissabon-Strategie und die EU-Nachhaltigkeitsstrategie, mit denen sich der Europäische Rat am 10. und 11. Dezember 2009 befassen wird, nicht zusammengefügt?

40. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie haben die Bundesregierung und die Europäische Union als Teil der Gebergemeinschaft gegenüber Uganda außen- und entwicklungspolitisch auf die Absicht reagiert, für homosexuelle Handlungen die Todesstrafe vorzusehen, vor dem Hintergrund, dass der von Uganda gezeichnete Zivilpakt die Todesstrafe nur für schwerste Verbrechen zulässt und ein Verbot von Homosexualität gegen den im Zivilpakt formulierten Schutz des Privatlebens (vgl. Toonen vs. Australien) verstößt?

41. Abgeordneter
Günter Gloser
(SPD)

Welchen Beitrag kann und will die Bundesregierung angesichts des derzeit eskalierenden Aufstands jemenitischer Rebellen an der Grenze zwischen dem Jemen und Saudi Arabien leisten, um – über die unbedingt notwendige humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und andere Kriegsopfer hinaus – für mehr internationale Sichtbarkeit dieses Konflikts zu sorgen und vor allem einen politischen Prozess zur Beendigung des Konflikts einzuleiten?

42. Abgeordneter
Günter Gloser
(SPD)

Wie schätzt die Bundesregierung die aktuelle terroristische Bedrohung durch Kämpfer der Al-Quaida ein, soweit diese von der Schwächung der jemenitischen Zentralregierung profitieren und vom Jemen aus auch international operieren?

43. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie gedenkt die Bundesregierung nach der bedauerlichen Aufhebung des EU-Waffenembargos die Beziehungen zu Usbekistan zu gestalten und die Regierung zu einer Verbesserung der fatalen Menschenrechtslage und einer unabhängigen Aufklärung des Andischan-Massakers zu bewegen?

44. Abgeordnete **Viola von Cramon-Taubadel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass den Kontrolleuren der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Zugang ins Land gewährt wird, um die Einhaltung der von Usbekistan unterzeichneten ILO-Konventionen 138 und 182 gegen Kinderarbeit im Bereich der Baumwollindustrie zu überprüfen?

45. Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund des in Untersuchungshaft kürzlich erlittenen Todes des Anwalts Sergej Magnitskij, der die Interessen der internationalen Investmentgesellschaft Hermitage Capital vertrat, die nach Einschätzung des Europarates 2007 „das Opfer der Korruption und Kollusion hoher Polizeibeamter und organisierter Krimineller“ wurde (Parlamentarische Versammlung des Europarates, Dok. 11993 vom 7. August 2009), die rechtsstaatlichen Bedingungen für Investitionen deutscher Unternehmen in der Russischen Föderation und die Sicherheit dieser Investitionen, und wie spiegelt sich diese Bewertung der Bundesregierung in ihren Empfehlungen an deutsche Unternehmen zu Investitionen in Russland wieder?

46. Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Form sollen nach Meinung der Bundesregierung vor dem Hintergrund von Fällen wie dem von Sergej Magnitskij die Fragen von Rechtsstaatlichkeit und Investitionssicherheit im neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) zwischen der EU und Russland behandelt werden, und wie setzt sich die Bundesregierung für die angemessene Berücksichtigung dieser Fragen im zukünftigen PKA im Rahmen ihrer bilateralen Kontakte ein?

47. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Brief des zypriotischen Staatspräsidenten Dimitris Cristofias an die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, in dem die Verweigerungshaltung der türkischen Regierung, die Beziehungen zur Republik Zypern zu normalisieren, kritisiert wird?

48. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Über welchen Etat würde die Bundesregierung ihre Unterstützung für den Aufbau somalischer Sicherheitskräfte und die Unterstützung der African Union bei dieser abrechnen, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass hierfür in Deutschland oder auf der Ebene der EU Entwicklungshilfegelder, etwa aus dem European Development Fund, herangezogen werden?

49. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Betrachtet es die Bundesregierung als ihr souveränes Recht, über die Stationierung von Atomwaffen dritter Staaten auf ihrem Territorium zu entscheiden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

50. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung auch vor dem Hintergrund der Äußerung des Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Dr. Ole Schröder, der in der parlamentarischen Fragestunde vom 25. November 2009 darauf hinwies, dass es im Rahmen der Verhandlungen zwischen der EU und den USA über das SWIFT-Abkommen oberstes Verhandlungsziel der Bundesregierung sei, die innerhalb der EU geltenden hohen datenschutzrechtlichen Standards durchzusetzen, der Auffassung, dass dieses Verhandlungsziel erreicht wurde und nunmehr keine Gefahr besteht, dass sensible Bankdaten von Bürgerinnen und Bürgern der EU an Dritte weitergegeben werden können, ohne dass den Bürgerinnen und Bürgern der EU ausreichende Rechtsmittel zur Verfügung stehen?

51. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)

Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung den Behindertensport bei der Vorbereitung und Durchführung der Paralympics in Vancouver im März 2010?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

52. Abgeordnete **Daniela Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Weise und in welchem Zeitrahmen beabsichtigt die Bundesregierung, die von der Fraktionsvorsitzenden der FDP, Birgit Homburger, am 23. November 2009 in der „Bild“ angekündigte und im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vorgesehene Vereinheitlichung der Kündigungsfristen für Mieter und Vermieter auszugestalten?

53. Abgeordnete **Daniela Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Auswirkungen für den Wohnungsmarkt erhofft sich die Bundesregierung von der geplanten Angleichung der Kündigungsfristen?

54. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Will die Bundesregierung im Rahmen der geplanten Mietrechtsnovelle und Angleichung der Kündigungsfristen die – bisher längere – Kündigungsfrist für Wohnraumvermieter (§ 573 Absatz 1 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs – BGB) kürzen auf die für Mieter geltende Frist, wie große Wohnungswirtschaftsverbände im Vermieterinteresse fordern, und will die Bundesregierung im Rahmen dieser Novelle ferner tatsächlich (gemäß ihrer Koalitionsvereinbarung, S. 109) das bisherige Mietminderungsrecht von Mietern wegen der mit energetischen Haussanierungen verbundenen Beeinträchtigungen ausschließen, obwohl eigentlich die zunehmende Kostenbelastung von Mietern gerade in Sanierungsgebieten eher verringert werden müsste, etwa durch Mietobergrenzen, um „Gentrifizierung“ und Mieterverdrängung entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

55. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Welche Forschungsprojekte hat die Bundesregierung in den letzten Jahren ins Leben gerufen, um die Ursachen und die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise untersuchen zu lassen, und welche Ergebnisse liegen bereits vor?

56. Abgeordneter
Harald Koch
(DIE LINKE.)

Wie begründet und rechtfertigt die Bundesregierung eine zum Beispiel für die Abfallentsorgung anfallende deutliche Gebührenerhöhung für die Bürgerinnen und Bürger, die aus der laut Koalitionsvertrag („Wir streben Wettbewerbsgleichheit kommunaler und privater Anbieter insbesondere bei der Umsatzsteuer an, um Arbeitsplätze zu sichern und Investitionen zu ermöglichen“, S. 14 f.) anvisierten gleichen Besteuerung von kommunalen und privaten Unternehmen resultieren würde?

57. Abgeordneter
Harald Koch
(DIE LINKE.)

Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass durch eine „Wettbewerbsgleichheit kommunaler und privater Anbieter“ bei der Umsatzsteuer und den Wegfall des Steuerprivilegs für kommunale Versorger die Leistungsfähigkeit der kommunalen öffentlichen Daseinsvorsorge massiv gefährdet wird, wenn immer weniger Bereiche als „öffentliche Aufgaben“ eingestuft werden, die mit einem Steuerprivileg ausgestattet sind, weil sie dem Gemeinwohl dienen?

58. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage, wonach nach der Entscheidung des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts eingetragene Lebenspartnerschaften Eheleuten auch im Beihilfe- und Steuerrecht grundsätzlich gleichzustellen sind (vgl. Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, Ausarbeitung WD 3-391/09)?

59. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Höhe werden entsprechend den Anpassungen infolge des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes gemäß Fassung des Kabinettsbeschlusses des Gesetzes ab 1. Januar 2013 reiner Biodiesel und reine Plfanzenöle als Kraftstoffe besteuert, und wie hoch ist die jeweilige derzeitige Besteuerung dieser beiden Kraftstoffe?

60. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung im Sinne ihrer Klimaschutzziele eine Verlängerung der Steuerentlastung für Biogas als Heizstoff über den 1. Januar 2010 hinaus für sinnvoll, und mit welchem Steuervolumen rechnet die Bundesregierung im Jahr 2010 für den Fall, dass ab 1. Januar 2010 Biogas als Heizstoff besteuert wird?

61. Abgeordneter
Stephan Kühn
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sollen mögliche Steuermindereinnahmen von jährlich ca. 12 Mrd. Euro im Bundeshaushalt berücksichtigt werden, wenn nach dem Urteil des niedersächsischen Finanzgerichts zur Verfassungswidrigkeit des Solidaritätszuschlags das Bundesverfassungsgericht zu einer gleichlautenden Grundsatzentscheidung kommt, und hält die Bundesregierung vor diesem Hintergrund dann weiter an den für 2010 und 2011 bereits vorgesehenen Steuerentlastungen von etwas über 20 Mrd. Euro fest?

62. Abgeordnete
Sahra Wagenknecht
(DIE LINKE.)

Welche privaten Akteure (Verbände, Unternehmen, Berater usw.) waren an der Erarbeitung des „Referentenentwurfs für ein Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie weiterer steuerrechtlicher Regelungen“ beteiligt, und wann soll dieser Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht werden?

63. Abgeordnete
Sahra Wagenknecht
(DIE LINKE.)

Wurden Berechnungen angestellt, welche Folgen sich aus dem geplanten „Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie weiterer steuerrechtlicher Regelungen“ für die Aufrechterhaltung des Universaldienstes bei der Deutschen Post AG ergeben, und welche Änderungen am Umfang des Universaldienstes wird das Gesetz nach Ansicht der Bundesregierung mit sich bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

64. Abgeordnete
Dr. Eva Högl
(SPD)

Welche Ergänzungen oder Korrekturen der bisherigen Lissabon-Strategie sind ab 2010 notwendig, um mehr Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt in Europa zu schaffen?

65. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stimmt es, dass die Bundesregierung plant, Hermes-Bürgschaften in Zukunft auch für den Export von Atomanlagen und Atomtechnik ins Ausland zuzulassen, und wie möchte die Bundesregierung damit verbundene Proliferationsrisiken ausschließen?

66. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für welche Exporte von Nukleartechnik liegen der Bundesregierung bereits Anträge für Hermesbürgschaften vor, und für welche derartigen Exporte erwartet die Bundesregierung Anträge – beispielsweise aufgrund von Voranfragen oder Gesprächen von bzw. mit potenziellen Antragstellern?

67. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Weise prüft die Bundesregierung das Ausfallrisiko von Hermesbürgschaften für Exporte von Nukleartechnik, und hält die Bundesregierung für derartige Bürgschaften ein transparenteres Entscheidungsverfahren als das gängige im interministeriellen Ausschuss grundsätzlich für erstrebenswert?

68. Abgeordneter
Hubertus Heil (Peine)
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die neuen von General Motors (GM) vorgelegten Sanierungspläne – insbesondere in Bezug auf die Auswirkungen auf deutsche Standorte und Arbeitsplätze – im Vergleich zu dem zwischen Magna/Sherbank und GM ausgehandelten Konzept?

69. Abgeordneter
Hubertus Heil (Peine)
(SPD)

Was bedeutet die Aussage der Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung vom 10. November 2009, „das, was der Bundesregierung und den Landesregierungen der vier Opelstandorte hierzu möglich ist, werden wir tun“ konkret?

70. Abgeordneter
Garrelt Duin
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung entsprechende Aussagen des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Rainer Brüderle, zur Frage von Fördermitteln für GM „Ich habe mit Interesse die Einschätzung von GM-Chef Henderson und GM-Verwaltungsratschef Whitacre gelesen, der Mutterkonzern könne das alleine stemmen. Ich hielte das auch für geboten“ (Hamburger Abendblatt, 21. November 2009) vor dem Hintergrund der Aussagen der Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung vom 10. November 2009: „Das, was der Bundesregierung und den Landesregierungen der vier Opelstandorte hierzu möglich ist, werden wir tun. Darauf können sich alle verlassen“, und wie erfolgen das weitere Vorgehen und die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung und mit den Ländern für mögliche Hilfsmaßnahmen der Adam Opel GmbH und GM Europe im Hinblick auf eine europäische Lösung im Zusammenwirken mit den anderen betroffenen europäischen Staaten?

71. Abgeordneter
Garrelt Duin
(SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung – nach der Auflösung der Opel-Treuhand – zu verhindern, dass mögliche staatliche Hilfen in Form von Bürgschaften oder Krediten in die USA abfließen, bzw. sicherzustellen, dass diese zielgenau für Opel Europa verwandt werden?

72. Abgeordneter
Gerold Reichenbach
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Lage im Automobilbau in Deutschland und die Chancen der Adam Opel GmbH, sich nach einer Sanierung langfristig erfolgreich auf dem Markt zu behaupten, und wie will die Bundesregierung dazu beitragen, dass in Deutschland und Europa möglichst viele Arbeitsplätze erhalten bleiben?

73. Abgeordneter
Gerold Reichenbach
(SPD)

Welche besonderen Bedingungen gelten vor dem Hintergrund, dass die EU-Kommission einen Subventionswettbewerb der Staaten mit Standorten der Adam Opel GmbH fürchtet und bereits angekündigt hat, mögliche Beihilfen für den Autobauer auch künftig auf deren Vereinbarkeit mit EU-Vorschriften prüfen zu lassen – hier für GM, um ggf. Fördermittel in Deutschland zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

74. Abgeordnete
Dagmar Ziegler
(SPD)

Wird die Bundesregierung das Programm „Kommunal-Kombi“, womit vor allem ältere Langzeitarbeitslose in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse gebracht werden, über das Jahr 2009 hinaus fortführen und somit in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit weiterhin zusätzliche Arbeitsplätze fördern?

75. Abgeordnete
Gabriele Lösekrug-Möller
(SPD)

Wird die Bundesregierung den in einem Schreiben des Senators für Wirtschaft und Arbeit der Freien und Hansestadt Hamburg an den Bundesminister für Arbeit und Soziales erhobenen Forderungen, den großen Kommunen künftig im Rechtskreis Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) das Optionsrecht zu ermöglichen und jedem Bundesland mindestens ein Optionsrecht einzuräumen, damit keine Region von dieser Möglichkeit der Aufgabenwahrnehmung des SGB II ausgeschlossen sei, im

Rahmen der Neuorganisation der Verwaltungsstrukturen im Bereich des SGB II Rechnung tragen, und beabsichtigt die Bundesregierung bei Beibehaltung der bisher 69 Optionskommunen eine regionale Neuverteilung der Optionskommunen?

76. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie gedenkt die Bundesregierung der Aufforderung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder an die Bundesregierung, schnell einen eigenen und damit höheren Hartz-IV-Satz für Kinder zu ermitteln, nachzukommen?

77. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung der von der bayerischen Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christine Haderthauer, am Ende der Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder in Berchtesgaden geäußerten Auffassung, man dürfe in dieser Frage nicht dem Bundesverfassungsgericht allein das Feld überlassen, und wenn ja, welche Aktivitäten gedenkt die Bundesregierung zu entfalten, um Kindern einen bedarfsgerechten, dem jeweiligen Alter angemessenen Regelsatz zukommen zu lassen?

78. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

In welchem Zeitraum will die Bundesregierung der Aufforderung der Arbeits- und Sozialminister der Länder nachkommen und einen eigenen, höheren Hartz-IV-Satz für Kinder ermitteln, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Vorgriff auf die Neuermittlung bereits zu Beginn des Jahres 2010 einen vorläufig erhöhten Hartz-IV-Regelsatz für Kinder in Kraft zu setzen?

79. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie verteilen sich die in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 30 (Bundestagsdrucksache 17/48) genannten abgelehnten, widerrufenen und zurückgenommenen Erlaubnisse zur Arbeitnehmerüberlassung auf die Jahre 2005, 2006, 2007, 2008 und 2009, und wie hoch war jeweils in 2005, 2006, 2007, 2008 und 2009 die Gesamtzahl der Erlaubnisse zur Arbeitnehmerüberlassung?

80. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie hoch ist die Zahl der Beschäftigten, die Höhe der nichtgezahlten Sozialversicherungsbeiträge und Steuern, die sich aus der in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 30 genannten abgelehnten, wi-

derrufenen und zurückgenommenen Erlaubnisse zur Arbeitnehmerüberlassung ergeben, und um welche Art der „Verstöße gegen Auflagen seitens der Zeitarbeitsunternehmen“ (Antwort zu Frage 30) handelt es sich?

81. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Wie begründet die Bundesregierung den geplanten Wegfall der staatlichen Unterstützung in Form der so genannten Saisonaufwandsentschädigung, und welche Konsequenzen sind nach Ansicht der Bundesregierung dafür im Jahr 2010 im Bereich der Agrarwirtschaft zu erwarten?

82. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Für wie viele Saisonarbeitskräfte im Bereich der Agrarwirtschaft wurde in den Jahren 2008 und 2009 eine solche Aufwandsentschädigung ausgezahlt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

83. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

In welcher Weise plant die Bundesregierung den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln, und wie wird dabei die Einbeziehung der Betroffenen gewährleistet?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333